

# Positionspapier zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und CSU

durch den freien Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) e.V.



# Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| <b>Abstract</b> .....   | 2  |
| <b>Vorwort</b> .....  | 3  |
| <b>Wirtschaft</b> .....   | 4  |
| <b>Arbeit und Soziales</b> .....  | 4  |
| <b>Arbeits- und Fachkräftesicherung</b> .....   | 4  |
| <b>Sozialleistungen und bürgerfreundlicher Staat</b> .....                                  | 4  |
| <b>Mindestlohn und Stärkung Tarifbindung</b> .....  | 5  |
| <b>Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen</b> .....                                    | 5  |
| <b>Bauen und Wohnen</b> .....   | 5  |
| <b>Verkehr</b> .....  | 7  |
| <b>Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat</b> .....           | 8  |
| <b>Haushalt, Finanzen und Steuern</b> .....   | 8  |
| <b>Reform Schuldenbremse</b> .....  | 8  |
| <b>Sondervermögen Infrastruktur</b> .....   | 8  |
| <b>Finanzierungsvorbehalt</b> .....   | 8  |
| <b>Steuerpolitik</b> .....  | 9  |
| <b>Haushaltskonsolidierung</b> .....  | 9  |
| <b>Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung und moderne Justiz</b> .....                     | 9  |
| <b>Stärkung der repräsentativen Demokratie</b> .....  | 9  |
| <b>Bildung, Forschung und Innovation</b> .....  | 10 |
| <b>Demokratie- und Medienbildung</b> .....  | 10 |
| <b>Karrierewege in der Wissenschaft</b> .....   | 11 |
| <b>Studienfinanzierung</b> .....  | 12 |
| <b>Hochschulsanierung und -modernisierung</b> .....   | 13 |
| <b>Studium und Lehre</b> .....  | 13 |
| <b>Exzellenzstrategie</b> .....   | 14 |
| <b>Internationalisierung</b> .....  | 14 |
| <b>Sicheres Zusammenleben, Migration und Integration</b> .....                              | 15 |
| <b>Innen</b> .....  | 15 |
| <b>Migration und Integration</b> .....  | 15 |
| <b>Verantwortungsvolle Außenpolitik, geeintes Europa, sicheres Deutschland</b> .....        | 17 |
| <b>Außen- und Verteidigungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte</b> ..... | 17 |
| <b>Verteidigungspolitik</b> .....   | 17 |
| <b>Ressortverteilung</b> .....  | 17 |

## Abstract

Der Dachverband der Studierendenvertretungen – freier Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) e.V. – analysiert in diesem Positionspapier kritisch den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Im Fokus steht die Perspektive von Studierenden, die als besonders vulnerable Gruppe von politischen Entscheidungen im Bereich Bildung, Soziales, Wohnen, Mobilität und Migration betroffen sind. Der Vertrag offenbart aus Sicht des fzs große Leerstellen: Es fehlt an mutigen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, an ausreichender Studien- und Hochschulfinanzierung, wirksamer Mietregulierung sowie fairen Arbeitsbedingungen für Studierende und Wissenschaftler\*innen. Stattdessen dominieren Austerität, Verwertungsdruck und sicherheitspolitische Ausweitungen. Die angekündigte Reform des BAföG kommt zu spät und greift zu kurz. Auch die angekündigten Maßnahmen für ein Infrastrukturprogramm und die Reform des WissZeitVG sind zu unambitioniert und unscharf. Besonders kritisch bewertet der fzs die migrationspolitischen Verschärfungen, die auch Studierende mit Migrationsgeschichte gefährden. Begrüßt wird die Verdopplung des „Junges Wohnen“ Budgets, sowie die Dynamisierung des „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“. Der Koalitionsvertrag insgesamt versäumt es aber, die Lebensrealitäten junger Menschen ernst zu nehmen und notwendige strukturelle Veränderungen einzuleiten. Der fzs fordert stattdessen eine Steuerreform, die Reiche stärker in die Pflicht nimmt, einen elternunabhängigen Vollzuschuss beim BAföG, beherrzte Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie ein Bekenntnis zu friedlicher Wissenschaft. Jede Form der Wehrpflicht wird abgelehnt. Das Papier formuliert klare Alternativen und zeigt auf, wie eine sozial gerechte, inklusive und zukunftsorientierte Politik für Studierende aussehen kann.

Das Positionspapier ist nach den gleichnamigen Abschnitten des Koalitionsvertrags gegliedert, kommentiert wurden Bereiche, die für Studierende und Hochschulen relevant sind.

## Vorwort

Etwa 2,8 Millionen Studierende sind an Hochschulen in Deutschland im Wintersemester 2024/2025 eingeschrieben. Trotz erheblicher Hürden im Bildungssystem für beispielsweise ärmere Menschen, Personen mit Migrationsgeschichte oder Behinderung sind Studierende eine sehr heterogene Gruppe.

**Die meisten** von ihnen, auch aus wohlstürierterem Hintergrund, **befinden sich während ihres Studiums allerdings in einer prekären Situation**. Sie haben geringes Einkommen, sind oft von ihren Eltern abhängig und dennoch zu zwei Dritteln gezwungen, einen Nebenjob auf Mindestlohniveau zum Lebensunterhalt auszuüben. Gleichzeitig verstärken sich Maßnahmen, die zum Studienabschluss in Regelzeit drängen, was jede unerwartete Verzögerung, jede finanzielle Krise zur potenziellen Katastrophe macht. In den meisten Hochschulstädten zeigt sich die Krise des Wohnungsmarkts. WG-Zimmer, eigentlich eine Lösung für günstigeres Wohnen, werden unter halblegalen Umständen zu horrenden Preisen vermietet – und gemietet, weil keine andere Möglichkeit bleibt. Studierende sind auch besonders stark auf öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Die Kopplung des Deutschlandsemestertickets an das Deutschlandticket nimmt die Verhandlungsmacht, die klassische Semestertickets bieten.

Beim Gang in die Hochschule fällt die eigene Prekarität nicht mehr so auf, denn dort gleitet der Blick zunächst auf mit Regenwasser gefüllte Eimer unter Löchern in den Decken, einsturzgefährdete Gebäude, geradezu wahnwitzige Barrieren oder fehlende Sitzplätze im Hörsaal, weil die Hochschule wieder nicht genügend Räume hat. Die Lehrenden, die Studierenden in dieser Situation wenigstens das Studium selbst ermöglichen sollten, befinden sich selbst in prekären Umständen. Neuste Zahlen zeigen, dass weiterhin 82 % des Mittelbaus befristet beschäftigt sind, häufig auf Teilzeitstellen, die die Miete kaum zahlen können.

Von rechts mehren sich Angriffe auf Wissenschaft, Lehre und Studierende. Manche wollen ganze Disziplinen verbieten, Polizeieinsätze gegen die eigenen Studierenden normalisieren oder sehen einen „Woke-Wahnsinn“, wenn Hochschulen inklusive Sprache benutzen möchten. Andere verbieten den Hochschulen, sich selbstbestimmt friedlichen Zwecken zu verschreiben und wollen bessere Finanzierung an Verwertbarkeit für Rüstung knüpfen. Doch 140 Milliarden Euro Sanierungstau der Hochschulgebäude können nicht über Dual-Use Fälle kompensiert werden. Unter dem Eindruck eines rassistischen Überbietungswettbewerbs müssen Studierende of Colour, internationale Studierende und Studierende mit Migrationsgeschichte vermehrt um ihre Zukunft und Unversehrtheit fürchten. Ebenso fehlen noch immer effektive Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen gegen Antisemitismus. Jüdische Studierende werden nicht durch Symbole in Einbürgerungstests sicherer.

Viele gesellschaftliche Herausforderungen betreffen Studierende stärker, denn sie sind vulnerabler. Der vorliegende Entwurf eines Koalitionsvertrags bietet viel Schatten und wenig Licht, beherrzte Maßnahmen für junge Menschen und Studierende fehlen fast gänzlich.

Stattdessen werden mehr Austerität, mehr Verwertungsdruck und der Militärdienst angeboten. **Als Bundesstudierendenvertretung sind wir damit nicht einverstanden. Dieses Papier zeigt daher konkrete Kritikpunkte und einige Alternativen auf.**

## Wirtschaft

### Arbeit und Soziales

#### Arbeits- und Fachkräftesicherung

Immer mehr Bildungswege werden akademisiert, Studierende stellen einen großen Teil der Fachkräfte von morgen dar. Dennoch fehlen sie im entsprechenden Abschnitt. **Wer Fachkräftesicherung will, muss chancengerechte Bildungswege ermöglichen**, durch finanzielle Absicherung des gesamten Bildungswegs und den Abbau von Hürden innerhalb der Institutionen. Nur so können alle Potenziale entfaltet werden.

Die vorgeschlagene Einführung eines **Familienbudgets** (Z. 409) kann dabei helfen, dieses muss allerdings für Studierende mit Kind zugänglich sein und mit BAföG und BAföG-Anspruch vereinbar sein.

Wir begrüßen die Absicht, die Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen zu beschleunigen (Z. 424). Dabei darf allerdings kein Sondersystem gebaut werden. Deutschland muss sich stattdessen sofort konstruktiv an der Aushandlung des Vertrags über **automatische Anerkennung** (automatic recognition) im Europarat beteiligen, um nicht abgehängt zu werden.

#### Sozialleistungen und bürgerfreundlicher Staat

Hinzuverdienstregelungen sind auch beim BAföG relevant. Wer z.B. teilgefördert wird kann in der Realität häufig nicht die angenommene Unterhaltssumme von den Eltern erhalten und ist auf einen Nebenjob angewiesen. Ähnliches trifft auf Teil- und Vollgeförderte in teuren Hochschulstandorten zu. Die Anhebung der **Zuverdienstgrenze** ist dabei eine Sofortmaßnahme, sie ersetzt nicht eine bedarfsgerechte Reform der Studienfinanzierung.

Die Koalition muss schnellstmöglich effektive Maßnahmen gegen **Scheinselbstständigkeit** auf den Weg bringen (Z. 470), eine Absichtserklärung reicht nicht. Viele typische studentische Nebenjobs bei Lieferdiensten, Promotern und anderen sind davon betroffen.

Wir begrüßen die beabsichtigte Zuordnung des Wohngelds, BAföG, Unterhaltsvorschuss sowie Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII zur **Sozialgerichtsbarkeit** (Z. 475). So können Studierende zu ihrem Recht kommen, ohne sich über Anwalts- und Gerichtskosten Sorgen machen zu müssen.

## Mindestlohn und Stärkung Tarifbindung

Eine Erhöhung des **Mindestlohns** ist dringend notwendig. Die im Koalitionsvertrag avisierten 15 € (Z. 551) sind bereits jetzt zu wenig und entsprechen gerade so der eigentlich zum 15.11.2024 umzusetzenden EU-Mindestlohnrichtlinie. Bereits die auslaufende Regierung hätte deren Umsetzung sicherstellen müssen. Studierende haben zu großen Teilen Nebenjobs auf Mindestlohniveau. Solange im Tarifvertrag der Länder (TV-L) studentische Beschäftigte nicht abgebildet sind, stellt der Mindestlohn in vielen Ländern auch ihr Lohnniveau dar. Eine unverzügliche Umsetzung ist deshalb nötig. Dabei ist eine Umsetzung durch die Mindestlohnkommission vorzuziehen, im Zweifelsfall ist allerdings auch der Gesetzgeber gefragt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der **Tarifbindung** sind nicht ausreichend. Im Hochschulsektor soll sich der Bund für die Tarifierung der studentischen Beschäftigten einsetzen, sie stellen die größte nicht tarifierte Gruppe im öffentlichen Dienst dar. Außerdem muss die Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz aufgehoben werden, um dort normale Tarifverhandlungen zu ermöglichen.

## Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen

### Bauen und Wohnen

Die Wohnraumkrise ist sicherlich das drängendste Problem für fast alle Studierenden, junge Menschen, sowie für zahlreiche andere Bevölkerungsgruppen. **Studierende sind besonders von illegaler oder unlauterer Vermietungspraxis, steigenden Mietpreisen und mangelndem Wohnraum betroffen.** Die Gründe dafür liegen in ihrer Situation als Studierende: Viele Hochschulstädte sind Orte mit angespanntem Wohnungsmarkt, einige sind generell stark nachgefragte Ballungsräume, andere sind kleine Universitätsstädte mit geringer Auswahl aber hoher Nachfrage. Während die Wahl des Studienortes grundsätzlich nur dem Interesse folgen sollte, ist es in der Realität vielen Studierenden unmöglich, an einem „günstigeren“ Ort zu studieren. Dies wird durch Faktoren wie NCs, Verfügbarkeit von Studiengängen, oder Auslosung beeinflusst. Die Studierenden sind also gezwungen, an einem bestimmten Ort nach einer Wohnung zu suchen.

Studierende sind außerdem besonders vulnerabel gegenüber illegaler oder unlauterer Vermietungspraxis: Das Mietrecht lässt zahlreiche Ausnahmen für möblierten, und/oder als Studierendenwohnheim deklarierten Wohnraum zu. Insbesondere bei der Vermietung von WG-Zimmern sind unverschämten Mietverträgen wohl keine Grenzen gesetzt. Zimmer mit niedrigen einstelligen Quadratmeterzahlen sind genauso verbreitet wie illegal überhöhte Mieten oder die Vermietung einzelner Zimmer in einer Wohnung, die dem\*der Vermieter\*in scheinbar das Recht geben, jederzeit die Wohnung zu betreten. Bereits vor der Vermietung lassen sich viele Studierende und ihre Eltern auf illegale Bürgschaftsregelungen ein. Es fehlt an vielen Stellen an effektiven Sanktionsmöglichkeiten, öffentlicher Kontrolle und Wissen und Mittel bei den Studierenden, um ihre Rechte einzufordern. Dazu kommt, dass Studierende häufig umziehen, etwa für einen neuen Studiengang, ein Praktikum oder ein Auslandssemester. Selbst wer seine Rechte kennt, nimmt deshalb selten einen Rechtsstreit auf sich, der ein Vielfaches der Mietdauer in Anspruch nimmt. Bereits seit Jahren ist die im BAföG angenommene Wohnkostenpauschale in fast keiner Hochschulstadt ausreichend für ein durchschnittliches Zimmer. Dies gilt auch für den leicht höheren Satz der Düsseldorfer Tabelle.

Die nächste Bundesregierung muss deshalb dringend wirksame Maßnahmen ergreifen. Die im Koalitionsvertrag genannten Instrumente sind dafür kaum ein Anfang. Nötig ist, sofort alle **Schlupflöcher aus der Mietpreisbremse** zu entfernen. Der Mietpreisbremse muss ein **Mietendeckel** folgen, der Preise nicht nur bremst, sondern aktiv senkt. Es müssen außerdem öffentliche Beratungs- und Verfolgungsstellen geschaffen werden, die Mieter\*innen zu ihrem Recht verhelfen.

Es bedarf weiterhin einer gesetzlichen Definition von Wohnheimen, die sich auf sehr günstigen, gemeinnützigen Wohnraum beschränkt, statt ein Schlupfloch für die befristete Vermietung überteuerter möblierter Wohnungen zu bieten.

Wir wenden uns gegen eine „**WG-Garantie**“ (Z. 771), die auf Subjektförderung basiert. Es ist inakzeptabel, Vermieter\*innen überteuerter Wohnungen mit Steuermitteln zu subventionieren. Wir rechnen damit, dass Vermieter\*innen sich so ermuntert fühlen, ihre Mietpreise ohne Konsequenzen bei der Nachfrage ins Unermessliche zu steigern. Stattdessen müssen überteuerte Mieten effektiv verhindert werden.

Der Bund muss außerdem die Voraussetzungen dafür schaffen, mehr **privatisierten Wohnraum in die öffentliche Hand zurückzuführen** und eine echte Sozialbindung auch für private Immobilien schaffen.

Neben der Begrenzung der Mieten im Bestand müssen dringend mehr Wohnungen zur Verfügung stehen. Als erste Maßnahme muss der Bund daher gegen Leerstand vorgehen. In vielen Hochschulstädten gibt es mehr Leerstand, als zusätzlich benötigt würde. Es braucht daher wirksame Instrumente gegen Immobilienspekulation und anderen Leerstand; hier muss der Bund die Kompetenzen der Kommunen stärken und ihre Möglichkeit, Leerstand zu kommunalisieren.

Außerdem muss mehr gebaut werden. Wir begrüßen daher die geplante Verdopplung der Mittel für das Programm „**Junges Wohnen**“ (Z. 768). Es ist allerdings nicht genug, die Mittel zu erhöhen. Die Studierendenwerke müssen auch in die Lage versetzt werden, deutlich mehr zu bauen. Der Bund muss hier mehr Verantwortung übernehmen. Wir fordern deshalb einen **Bund-Länder-Staatsvertrag zur Finanzierung der Studierendenwerke**.

## Verkehr

Mobilität ist für alle wichtig. Doch gerade junge Menschen, also insbesondere viele Studierende, sind auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen. Hier darf nicht gespart werden, daher befürworten wir, dass das Deutschlandticket auch über das Jahr 2025 hinaus bestehen bleibt (Z. 883). Doch der Schein trügt: Die derzeitige Preisstabilität ist lediglich bis einschließlich 2028 gesichert (Z. 884). Danach ist mit Preissteigerungen zu rechnen – auch für das Deutschlandsemesterticket, dessen Preis zu 60 % an das Deutschlandticket gekoppelt ist. Die Preiserhöhung muss verhindert werden! Schon jetzt ist das Deutschlandsemesterticket mit fast 30 € monatlich zu teuer. Daher fordern wir erneut und mit Nachdruck: Das **Deutschlandsemesterticket muss vom Deutschlandticket entkoppelt werden**, die Bundesregierung soll eine selbstständige Verhandlung von Studierenden und Verkehrsunternehmen für ein bundesweites Ticket unterstützen, analog zu bestehenden lokalen und landesweiten Semestertickets.

Wir begrüßen, dass ein fester Finanzierungsschlüssel zwischen Bund und Ländern entwickelt werden soll (Z. 885). Es liegt nun auch am Bund, sich der Verantwortung zu stellen und die Kosten nicht auf die Länder abzuwälzen.

Mobilität ist für unseren gesamten Alltag wichtig und muss immer in Zusammenhang mit Nachhaltigkeit gedacht werden. Wir kritisieren, dass die **Stärkung des Fuß- und Radverkehrs** in nur einem Satz erwähnt wurde. Es muss eine Priorisierung von nachhaltiger, sozialer und sicherer Mobilität geben. Der Ausbau des Schienennetzes ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

# Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat

## Haushalt, Finanzen und Steuern

### Reform Schuldenbremse

Wir begrüßen die Einsetzung einer Kommission zur Reform der Schuldenbremse (Z. 1613). Zusätzliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Verkehr, Soziales und Kultur sind dringend notwendig. Als Vertretung einer mehrheitlich jungen Bevölkerungsgruppe wenden wir uns entschieden gegen die Erzählung einer "Belastung der nächsten Generation" durch Schulden. Wir sind jetzt belastet, durch jahrzehntelange Austeritätspolitik. Ein Sanierungsstau bei Hochschulgebäuden allein von 140 Milliarden Euro, fehlende Mittel für die klimagerechte Transformation der Hochschulen und der Gesellschaft, ein schlecht ausgebautes ÖPNV-System oder Funklöcher mitten auf dem Campus sind bereits jetzt eine Dividende, die die jungen Generationen tragen müssen. Wir brauchen daher jetzt Investitionen in unser aller Zukunft. **Unser Reformvorschlag für die Schuldenbremse lautet daher die Aufhebung von Artikel 109, Absatz 3 und Artikel 115, Absatz 2 des Grundgesetzes.**

### Sondervermögen Infrastruktur

Das noch im alten Bundestag beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur (Z. 1656) muss in großen Teilen auch in Bildung fließen, der Bedarf ist groß genug. Klar ist, dass die aufgenommenen Schulden den jungen Menschen zugutekommen müssen. Daher dürfen auch die Investitionen in Klimaschutz nicht zu kurz kommen. Darüber hinaus müssen klimaschädliche Investitionen ausgeschlossen werden.

### Finanzierungsvorbehalt

Unsicherheit erzeugt auch, dass der gesamte Koalitionsvertrag unter einem Finanzierungsvorbehalt steht (Z. 1627), weshalb während der Legislatur alles noch einmal verhandelt werden muss. Die positiv zu bewertenden Maßnahmen, die zu finden sind, sind also keinesfalls sicher. Das weckt unangenehme Erinnerungen an die letzten Monate der Ampel, in der ein einzelner Minister diverse Projekte blockieren konnte. Gerade jetzt braucht es eine Regierung, die vertrauenswürdig ist und in Bezug auf Versprechungen, die Menschen entlasten, Wort hält.

## Steuerpolitik

Um eine gerechte Studienfinanzierung zu ermöglichen, braucht es eine **faire Verteilung der Steuerlast**. Es kann nicht sein, dass reiche Eltern nur ihren eigenen Kindern das Studium finanzieren - über gerechte Steuern sollte dafür gesorgt werden, dass sich alle, unabhängig vom familiären Hintergrund, ein Studium leisten können. Es braucht daher eine Einkommenssteuerreform, bei der kleine und mittlere Einkommen entlastet werden (Z. 1442) und hohe Einkommen höher besteuert werden. Daneben muss nun endlich die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden und die Erbschaftssteuer so reformiert werden, dass alle Schlupflöcher, die insbesondere Superreichen zugutekommen, gestopft werden. Interessant ist die geplante Senkung der Umsatzsteuer für Gastronomiebetriebe (Z. 1498), die Verbraucher\*innen direkt zugutekommen kann, solange die Unternehmen den Betrag nicht selbst einstreichen. Für die Mensen und Cafeterien der Studierendenwerke könnte das allerdings eine Entlastungsmaßnahme sein. Tatsächlich betrifft diese Maßnahme aber nur in geringem Maße arme Menschen, da sie es sich ohnehin kaum leisten können, in Restaurants zu essen. Hilfreicher wäre eine **Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel**, welche insbesondere kleine Geldbeutel schonen würde.

## Haushaltskonsolidierung

Anstatt so mehr Geld in die Haushaltskasse zu spülen, plant die Koalition erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen. So soll insgesamt eine Milliarde Euro bei Förderprogrammen eingespart werden (Z. 1687). Wir betonen, dass **zivilgesellschaftliche Projekte und Organisationen** davon keinesfalls betroffen sein dürfen! Zivilgesellschaftliche Projekte stärken die Demokratie und leisten einen großen Beitrag bei der Bekämpfung rechtsradikalen Gedankenguts. Wir können es uns nicht leisten, an solchen Maßnahmen zu sparen, gerade in Zeiten, in denen die Demokratie so bedroht ist wie lange nicht mehr.

## Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung und moderne Justiz

### Stärkung der repräsentativen Demokratie

In einer Demokratie müssen Bürger\*innen individuell und organisiert, in Form zivilgesellschaftlicher Organisationen, in der Lage sein, ihre Repräsentant\*innen und den Staat zu überprüfen. Dazu war bereits bisher das **Informationsfreiheitsgesetz** (IfG) ein wichtiges Instrument, auch für Studierendenvertretungen. Eine Reform des IfG (Z. 1985) kann für uns daher nur weitreichendere Pflichten des Staates bedeuten, etwa in Form der Weiterentwicklung zu einem Transparenzgesetz. Es dürfen keinesfalls bürokratische oder

finanzielle Hürden aufgebaut werden, die die Offenlegung staatlicher Vorgänge erschweren.

## Bildung, Forschung und Innovation

### Demokratie- und Medienbildung

Wir begrüßen den erklärten Willen der Verhandlungsparteien, verstärkt Rassismus und Antisemitismus an Schulen und Hochschulen zu bekämpfen (Z. 2342). Insbesondere unterstreichen wir die Notwendigkeit der Antisemitismusforschung und der Sensibilisierung von Lehrpersonen, diesen zu erkennen und damit umzugehen (Z. 2343). Das ist insbesondere für die Prävention wichtig. Die neuste Erhebung der Universität Konstanz gemeinsam mit dem BMBF zeigt, dass an Hochschulen unter vielen Studierenden zu wenig Awareness für und Wissen über Antisemitismus vorhanden ist. Als fzs stehen wir gegen jede Art des Antisemitismus, einschließlich israelbezogenen Antisemitismus und haben dies unter anderem 2019 in einer gemeinsamen Resolution mit der JSUD und mehreren parteinahen Hochschulgruppen bekräftigt. Dieser Resolution, die die Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus empfiehlt, hat sich auch die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) angeschlossen. Aus unserer Sicht deckt Antisemitismuskritik daher antisemitische Israelfeindlichkeit bereits ab, es ist daher unklar, weshalb diese neben Rassismus und Antisemitismus als scheinbar gleichwertige Diskriminierungsform zusätzlich betont wird. **Wir stehen weiter zur IHRA-Definition und werben für ihre konsequente Anwendung durch die Bildungsinstitutionen; Eine Instrumentalisierung der IHRA-Definition gegen Kritik an israelischer Regierungspolitik lehnen wir ab.** Ebenso wie die HRK plädieren wir für eine hochschulinterne, wissenschaftsgeleitete Auseinandersetzung. In jüngster Zeit gab es viele Symbole vonseiten der Bundes- und Landespolitik gegen Antisemitismus am Campus. Wirksame Programme und insbesondere finanzielle **Mittel für Präventions- und Aufklärungsarbeit** sind dagegen rar gesät. Die nächste Bundesregierung ist in der Pflicht, ihrer erklärten Absicht Taten folgen zu lassen, die über öffentlichkeitswirksame Repression hinausgeht. Die sogenannte Fördermittellaffäre unter der letzten Bundesbildungsministerin hat gezeigt, welche Blüten Symbolpolitik treiben kann.

Noch immer ist der Anteil von People of Colour an deutschen Hochschulen gering, es bestehen im gesamten Bildungssystem zahlreiche Hürden, die auf rassistische Strukturen zurückzuführen sind. Auch hier sind zielgerichtete Forschung und entsprechende Maßnahmen zur **Beseitigung rassistischer Benachteiligung** notwendig. Die Erwähnung im Koalitionsvertrag darf kein Lippenbekenntnis bleiben.

Wichtig ist auch, welche **Leerstellen** der Absatz "Demokratie und Medienbildung" lässt: **Sexismus und Antifeminismus, Antiziganismus, Ableismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** sind nicht nur an

Bildungsinstitutionen selbst ein Problem, sie sind auch ein zentraler Ort, um gegen ihre Existenz und weitere Ausbreitung in unserer Gesellschaft vorzugehen. Insbesondere Hochschulen sind die richtigen Institutionen, um derartige diskriminierende Herrschaftsverhältnisse zu erforschen und Lösungsstrategien zu erarbeiten. Dabei benötigen sie symbolische und finanzielle Rückendeckung durch die Politik.

## Karrierewege in der Wissenschaft

Wir begrüßen, dass auch diese kommende Bundesregierung sich das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (**WissZeitVG**) vornimmt (Z. 2429). Eine Reform, an der bereits die Ampel auf den letzten Metern gescheitert ist, ist dringend notwendig. Aufgrund der unkonkreten Vision im Koalitionsvertrag haben wir die Sorge, dass es am Ende wieder zu keiner zufriedenstellenden Einigung kommen wird. Außer Mindestvertragslaufzeiten vor und nach der Promotion konnten sich die Parteien wohl nicht einigen, und nicht einmal die Länge der Mindestvertragslaufzeit ist erwähnt. Wir fordern nicht nur längere Vertragslaufzeiten, sondern eine **Befristungshöchstquote**, um so vielen Wissenschaftler\*innen wie möglich die Sicherheit einer entfristeten Stelle zu bieten. Derzeit sieht das WissZeitVG eine Tarifsperre vor - warum man andernorts eine stärkere Tarifbindung fordert, den Sozialpartner\*innen an Hochschulen aber verbietet, frei zu verhandeln, bleibt rätselhaft.

Es finden sich weiterhin grundsätzlich lobenswerte Ansätze zu Karrierewegen in der Wissenschaft, bei welchen es aber sehr auf die genaue Ausgestaltung ankommt. Die Veränderungen im Wissenschaftssystem müssen gut gewählt sein, um tatsächlich eine Verbesserung, statt einer Verschlechterung herbeizuführen. So sind längere Programmlaufzeiten (Z. 2432) zwar begrüßenswert, dennoch muss das Ziel sein, genau zu evaluieren, ob von diesen Projektstellen nicht Daueraufgaben übernommen werden. Es ist anzunehmen, dass die überwiegende Mehrheit der Stellen dementsprechend auch auf Dauerstellen übersiedelt werden müsste. Auch Departmentstrukturen (Z. 2432) sind zu begrüßen, wenn sie zur Demokratisierung der Hochschule führen - die Fürstentümern ähnelnden Lehrstühle, die Machtmissbrauch besonders ermöglichen, müssen endlich der Vergangenheit angehören. Wir befürworten darüber hinaus den Ausbau des Tenure-Track-Programms (Z. 2433).

Hinsichtlich der Frauenförderung darf sich nicht auf die Führungspositionen beschränkt werden, so wichtig diese Maßnahmen auch sind (Z. 2434). Es braucht vor allem weitere Förderung auf den unteren Sprossen der Karriereleiter, um gegen die **leaky pipeline** vorzugehen.

Die Koalition erwähnt außerdem, die **Arbeitsbedingungen von Studierenden** verbessern zu wollen (Z. 2427). Mehr als das findet sich im Koalitionsvertrag allerdings nicht. Immerhin sollen die Regelungen zur **Arbeitszeiterfassung** an Hochschulen rechtssicher und

praktikabel gestaltet werden (Z. 2436). Es bleibt zu hoffen, dass die Regierung einerseits die TVStud-Bewegung unterstützt und auf die Länder einwirkt und sie andererseits auch die weiteren, teilweise illegalen Praktiken der Hochschulen in den Blick nimmt: Urlaub muss gewährt werden, Arbeit außerhalb der Vertragslaufzeiten darf nicht stattfinden und Schikane durch Vorgesetzte unterbunden werden.

Anstatt sich dafür einzusetzen, dass studentisch Beschäftigte nicht mehr in Kettenbefristungen gefangen sind, welche nicht nur Unsicherheit, sondern auch massiven bürokratischen Aufwand bedeuten, wollen Union und SPD nun das **Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) lockern**: So sollen Arbeitsverhältnisse während eines Studiums vom Anschlussverbot ausgenommen werden (Z. 2437). Das ist der falsche Weg. Dennoch ist es richtig, studentisch Beschäftigte aus dem Anwendungsbereich des WissZeitVGs herauszunehmen.

## Studienfinanzierung

Union und SPD kündigen im Koalitionsvertrag eine "große Novelle" des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (**BAföG**) an.

So soll der BAföG-Satz an die Grundsicherung angepasst werden (Z. 2447) - ein überflüssiger Schritt, der jedoch viel **zu spät** erst kommen wird. Die erste Hälfte der Erhöhung steht erst zum Wintersemester 2027/28 an, die zweite ein Jahr später. Studierende sind aber jetzt arm! Das ist kein Zustand, der noch für weitere zweieinhalb Jahre in Kauf genommen werden kann. Der Satz der Grundsicherung ist bereits jetzt in den meisten Umständen zu niedrig. Hinzu kommt, dass Studierende auch spezifische Ausgaben haben, wie Semesterbeiträge, Lehrbücher und andere Materialien - all das ist in der Grundsicherung nicht vorgesehen. Es ist zu befürchten, dass Studierende dann an anderen Grundbedarfen sparen müssen. Daher fordern wir ein zusätzliches **Büchergeld**, um diese Ausgaben zu decken.

Die **Wohnkostenpauschale** wird auf 440 € erhöht (Z. 2446) - das ist, was Gerichte gemäß der "Düsseldorfer Tabelle" Studierenden an Unterhalt durch ihre Eltern zugestehen. Auch hier kritisieren wir die viel zu späte Einführung zum Wintersemester 2026/27. Leider geht auch dieser Betrag an der Realität vorbei - im Durchschnitt zahlen Studierende 493 € monatlich für Miete, in besonders beliebten Städten weitaus mehr. In Berlin zahlen Studierende durchschnittlich 650 € für ein Zimmer, in München sogar 800 €. Vor der Bundestagswahl gab es in Union und SPD zahlreiche Stimmen, die sich für eine **ortsangepasste Wohnkostenpauschale** aussprachen. Warum sich die Koalitionär\*innen nun wieder von der Idee abgewandt haben, bleibt unverständlich.

Während die Entbürokratisierung und Vereinfachung des BAföG-Antrags (Z. 2450) ein wichtiges Thema ist, welches die künftige Bundesregierung angehen möchte, gibt es dennoch weitere Hürden, die junge Menschen vor der Beantragung der BAföG-

Förderung zurückschrecken lassen: So beispielsweise der riesige Schuldenberg in Höhe von bis zu 10.000 Euro, der nach Ende der Förderung zurückgezahlt werden muss. Gerade Menschen mit Armutserfahrung, die ja primäre Zielgruppe des BAföGs sind, haben oft Vorbehalte, sich zu verschulden. Wer sich nicht verschulden möchte, obwohl die Eltern das Studium nicht finanzieren können, muss sich oft gegen ein Studium entscheiden. Daher braucht es endlich eine **Rückkehr zum Vollzuschuss!**

Auch die Elternabhängigkeit wird kaum angetastet - zwar sollen die Freibeträge dynamisiert werden (Z. 2447), jedoch ist weder klar, wann, noch ist das als wirkliche Öffnung des BAföGs für mehr Studierende anzusehen. Derzeit erhalten nur 12,5 % der Studierenden BAföG - bei einer Armutsquote von 77,4 % der allein und in WGs lebenden Studierenden, sollte dieser meilenweite Unterschied sehr zu denken geben! Die Abhängigkeit des BAföG-Systems von den Eltern erzeugt die zentralen Probleme der Förderung. Nur durch einen **Übergang in ein elternunabhängiges System** können sie gelöst werden.

Fest steht: Das BAföG als wichtigstes Werkzeug zur sozial-gerechten Studienfinanzierung muss dringend gestärkt werden. Der Koalitionsvertrag macht erste vorsichtige Schritte, den großen Sprung wagen Union und SPD jedoch nicht.

Wir begrüßen, dass die gescheiterten **KfW-Kredite** nicht als ernsthafte Alternative, sondern lediglich als Zusatz für besondere Situationen angesehen werden. Mit einer umfangreichen Reform der Förderbedingungen können sie tatsächlich eine sinnvolle Ergänzung werden.

## Hochschulsanierung und -modernisierung

Der Koalitionsvertrag verspricht, die Hochschulsanierung und -modernisierung anzugehen, mit einem befristeten Investitionsprogramm (Z. 2463). Konkrete Zahlen sucht man aber vergeblich, dabei ist das Problem sehr konkret: **140 Milliarden Euro Sanierungsstau** an Hochschulgebäuden und weitere **4 Milliarden Euro für Mensen und Cafeterien**. Ein signifikanter Teil des Sondervermögens für Infrastruktur muss daher dringend in die Hochschulen, die Zukunft des Landes gesteckt werden. Da diese Summe erkennbar nicht ausreichen wird, fordern wir darüberhinausgehende Investitionen in die Bildungsinfrastruktur, entweder durch ein weiteres Sondervermögen oder eine umfassende Reform oder Aufhebung der Schuldenbremse. Bei der Sanierung und Modernisierung ist insbesondere darauf zu achten, nur klimaschonende Baumaterialien zu verwenden und energetische Sanierungen vorzunehmen.

## Studium und Lehre

Es ist gut, dass der „**Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**“ auch über 2028 hinaus dynamisiert werden soll (Z. 2467). Diese Dynamisierung muss in jedem Fall unbegrenzt

zugesagt werden. Um die finanziellen Herausforderungen der Hochschulen richtig anzugehen, hätte es allerdings eine vollständige Aufhebung des **Kooperationsverbots** zwischen Bund und Ländern gebraucht. Ansonsten zeigt sich im Koalitionsvertrag eine eklatante Lücke zum Thema Studium und Lehre. Dabei gäbe es zur Entwicklung der EU-Hochschulpolitik und des **Bolognaprozesses** viel zu tun. Wir wünschen uns von der nächsten Bundesregierung mehr Interesse an diesen strukturverändernden Prozessen und eine enge Einbindung der bundes- und landesweiten Studierendenvertretungen.

## Exzellenzstrategie

Die Grundfinanzierung der Hochschulen darf nicht nur nicht gekürzt werden, sondern muss ausgebaut werden. Nicht nur die Gebäudesubstanz ist am Bröckeln, auch das Personal ist massiv unterbezahlt - dafür braucht es genügend Mittel an allen Hochschulen, nicht nur einigen wenigen, die im Rahmen der Exzellenzstrategie herausstechen. Die Mittel, die im Rahmen der Exzellenzstrategie für einzelne Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, fehlen derzeit in der Breite. Dies muss bei der grundlegenden Evaluation (Z. 2486) der Exzellenzstrategie berücksichtigt werden. Es ist deshalb richtig, die Exzellenzstrategie grundlegend zu evaluieren. So bietet sich eine Möglichkeit, ein **verfehltes Programm aufzulösen** und die dort gebundenen Mittel sachgerechter einzusetzen.

## Internationalisierung

Es ist gut, dass sich auch die kommende Bundesregierung zum **Erasmus+** Programm bekennt (Z. 2491), gerade vor dem Hintergrund möglicher Kürzungen im Rahmen des EU Multiannual Financial Framework 2028-2034. Hier muss die neue Bundesregierung schnell ins Handeln kommen und klar machen, wie essenziell das Erasmus+ Programm für die Ausbildung von Studierenden und auch deren Persönlichkeitsbildung ist. Eine Kürzung der Gelder ist nicht mit den (zurecht) steigenden Anforderungen von **nachhaltiger und inklusiver Mobilität** vereinbar.

Wir begrüßen auch, dass die **Visa-Vergabe** für Studierende vereinfacht werden soll (Z. 2492). Es muss darauf geachtet werden, dass diese rechtzeitig eine Rückmeldung erhalten, um frühzeitig ihren Studienstart in Deutschland planen und vorbereiten zu können.

# Sicheres Zusammenleben, Migration und Integration

## Innen

Wir begrüßen die Absicht, demokratiefeindliche Bestrebungen stärker zu bekämpfen. Diese sind auch an Hochschulen spürbar, immer wieder kommt es beispielsweise zu Aktionen extrem rechter Gruppierungen aus dem Umfeld der Identitären Bewegung, auch aus dem Korporationsmilieu sind regelmäßig verfassungs- und demokratiefeindliche Aussagen zu vernehmen. Auch radikalisierte evangelikale Gruppen treten an Hochschulen in Erscheinung, im Umfeld israelfeindlicher Proteste sind islamistische Einstellungen zu vernehmen. Das ist für uns inakzeptabel und ein breiteres Engagement gegen derartige Ideologien ist nötig, insbesondere in der Aufklärung und Prävention.

**Wir kritisieren allerdings ausdrücklich die fortgesetzte Anwendung der Extremismustheorie**, die im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommt (Z. 2716 f.). Diese ist wissenschaftlich stark umstritten und wird mehrheitlich zurecht kritisiert, denn sie externalisiert problematische Einstellungen an imaginierte Ränder der Gesellschaft. Ihre analytischen Grenzen zeigen sich im Koalitionsvertrag, wenn Islamismus und "auslandsbezogener Extremismus" nicht in das zugrundeliegende links/rechts Spektrum eingeordnet werden können. Diese Schwachstellen haben Folgen, denn die Extremismustheorie leitet die Arbeit verschiedener Sicherheitsbehörden. Demokratiefeindliche Einstellungen finden sich aber nicht nur an "Rändern" sondern in der gesamten Gesellschaft (vgl. Leipziger Autoritarismus Studie, Mitte Studie). Gleichzeitig werden Personen diskriminiert oder kriminalisiert, die sich klar im demokratischen Spektrum bewegen. Erst kürzlich wurde einem bayerischen Studenten aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Linksjugend die weitere Anstellung an der Universität Augsburg versagt. So wird die Demokratie nicht verteidigt, sondern selbst unterminiert. Wir fordern die Koalitionär\*innen auf, die wissenschaftliche Grundlage für democratieschützende Arbeit durch eine divers aufgestellte Expert\*innenkommission aus Wissenschaftler\*innen überprüfen zu lassen und entsprechend zu reformieren.

## Migration und Integration

Wir sind schockiert von den migrationspolitischen Vorhaben der künftigen Koalition. Noch vor zehn Jahren wären viele der beschriebenen Vorhaben bis weit in konservative Kreise auf Ablehnung gestoßen. **Die Koalition in spe lässt sich von rassistischen Ressentiments treiben und wird damit selbst zum Zugpferd des fortschreitenden antidemokratischen und illiberalen Rechtsrucks der Gesellschaft.** Hierbei werden rote Linien überschritten und zunehmend das Menschenrecht auf Asyl gänzlich in Frage gestellt. Dies betrifft auch internationale Studierende, für die sich der fzs seit Jahren einsetzt.

Studierende und Studienanwärter\*innen aus Krisengebieten wie Belarus, Afghanistan, Ukraine oder Myanmar werden direkt von dieser Verschärfung der Migrationspolitik betroffen sein. Besonders besorgniserregend ist die erklärte Absicht nach Syrien und Afghanistan abschieben zu wollen (Z. 3045). Im letzteren Fall soll auch das Aufnahmeprogramm für Ortskräfte, deren Angehörige und andere besonders durch das Talibanregime bedrohte Personen, gestoppt werden (Z. 2973). Die Taliban dürfen kein Verhandlungspartner werden, selbst eine teilweise diplomatische Anerkennung des islamistischen Terrorregimes stellt den Verrat der Grund- und Menschenrechte dar. **Wir fordern, freiwillige Aufnahmeprogramme auszubauen und sichere Fluchttrouten zu eröffnen. Das gilt ganz besonders für bedrohte Studierende oder jene, denen ein Studium versagt wird - wie es für Frauen in Afghanistan der Fall ist.**

Die restriktiven Regelungen senden ein fatales Signal an internationale Studierende, aber auch an deutsche Studierende mit Migrationsgeschichte. Die Parteien torpedieren damit ihr an anderer Stelle (Z. 2492) gesetztes Ziel, mehr internationale Studierende anzuziehen. Politik für internationale Studierende kann nicht von allgemeiner Migrationspolitik isoliert betrachtet werden, die zunehmende Normalisierung fremdenfeindlicher und rassistischer Positionen machen nicht vor den Campi halt: Just einen Tag nach der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags wurden acht Studierende der TU Ilmenau am Campus Opfer eines mutmaßlich rassistischen Anschlags mit Gummigeschossen. Wir sind daher in großer Sorge um die Sicherheit internationaler und migrantisierter Studierender.

Insbesondere bereits hier lebende Studierende, Graduierte und junge Wissenschaftler\*innen werden durch die angestrebten Veränderungen negativ betroffen sein. Die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten (Z. 2975) verunmöglicht es, richtig in Deutschland anzukommen. Auch die vermutlich europarechtswidrigen Zurückweisungen an deutschen Grenzen (Z. 2988) senden vor allem ein Signal der Ablehnung.

**Was fehlt sind Maßnahmen, um Deutschland attraktiver für internationale Studierende zu machen.** Dazu gehört etwa der Zugang zum BAföG für alle, die an einer deutschen Hochschule studieren, vereinfachte Visavergabe, die Reform der extrem limitierten Arbeitsberechtigung und der aktuellen Sperrkontenpraxis, die eine enorme Hürde darstellt.

# Verantwortungsvolle Außenpolitik, geeintes Europa, sicheres Deutschland

## Außen- und Verteidigungspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte

### Verteidigungspolitik

Die kommende Koalition möchte einen neuen „attraktiven Wehrdienst“ schaffen, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert (Z. 4149). Das schwedische Modell, bei dem alle jungen Menschen zunächst zu Fähigkeiten und Interessen befragt werden und schließlich zur Musterung erscheinen müssen, ist keine Option: So werden junge Menschen unter Druck gesetzt, **Wehrdienst** zu leisten. Das lehnen wir entschieden ab. Junge Menschen sollten sich frei entwickeln können, frei für ihr Leben entscheiden können, ohne Suggestivfragen des Staates beantworten zu müssen.

Die angestrebte stärkere Verankerung im öffentlichen Leben (Z. 4146) besorgt uns ebenfalls. Die Bundeswehr hat in der Uni nichts verloren. Wir stehen hinter dem Prinzip der Zivilklausel und bekräftigen, dass Forschung an zivilen Hochschulen ausschließlich zu friedlichen Zwecken erfolgen darf. Die angestrebte Erleichterung von **Dual-Use-Forschung** und zivil-militärischer Forschungsk Kooperationen (Z. 4163) steht nicht nur diesem Prinzip entgegen, sondern auch der Wissenschaftsfreiheit. Wir sind besorgt, dass Drittmittel des Bundes künftig vornehmlich für Forschung mit militärischem Nutzen bereitgestellt werden - so wird die Freiheit, zu entscheiden, woran man forscht, de facto eingeschränkt. Die Wissenschaft darf nicht dazu verleitet werden, nach politischen Interessen zu forschen - das ist eine große **Gefahr für die akademische Freiheit**.

### Ressortverteilung

Die Aufteilung des bisherigen Bundesministeriums für Bildung und Forschung bewerten wir ambivalent. Die Verbindung der frühkindlichen Bildung und der Jugendpolitik mit Schul- und Hochschulbildung könnte diese Bereiche besser aufeinander abstimmen. Dieser Effekt wird allerdings durch den möglichen Verbleib der Hochschulbildung im Forschungsministerium vermindert. Gleichzeitig darf die Einheit von Forschung und Lehre auch nicht durch verschiedene Ressorts gefährdet werden. Die Neuaufteilung muss mit Fingerspitzengefühl getroffen werden, in jedem Fall muss eine hervorragende Zusammenarbeit der Häuser sichergestellt werden.